

# Europarecht

Herdegen

25. Auflage 2025  
ISBN 978-3-406-80555-4  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Grundrisse des Rechts

---

Matthias Herdegen · Europarecht

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Europarecht

von

**Dr. DDr. h. c. Matthias Herdegen**

o. Professor an der  
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

25., überarbeitete und erweiterte Auflage 2025  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H.BECK

Zitiervorschlag:  
Herdegen EuropaR § 1 Rn. 1

  
beck.de  
ISBN 978 3 406 80555 4  
ISBN E-Book 978 3 406 80556 1

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH  
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar  
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



[chbeck.de/nachhaltig](https://chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.  
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes  
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

## Vorwort zur 25. Auflage

Die Neuauflage nimmt wieder eine Reihe von – zuweilen weitreichenden – Entwicklungen auf.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im Fall Klimaseniorinnen/Schweiz aus der Europäischen Menschenrechtskonvention eine Verpflichtung zum verstärkten Klimaschutz abgeleitet und mit diesem richterlichen Aktivismus eine lebhaftere Diskussion ausgelöst.

Im Frühjahr 2024 hat eine grundlegende Reform der Haushaltsregeln das Gefüge des „Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ im Sinne einer „Flexibilisierung“ und Ausrichtung an den fiskalischen Verhältnissen überschuldeter Euro-Staaten umgestaltet. Es bleibt abzuwarten, ob hiermit bessere Anreize zur Haushaltsdisziplin gesetzt werden oder die Versuchungen einer bequemen Verschiebung von Haushaltslasten in die Zukunft wie bisher weiterwirken. Die Erosion des Asylsystems von Dublin und hoher Migrationsdruck haben ebenfalls im Frühjahr 2024 zu einer Reform des europäischen Asyl- und Migrationsregimes geführt. Dieses Maßnahmenbündel soll Mitgliedsstaaten mit EU-Außengrenzen entlasten und etwa mit Asylverfahren an den Außengrenzen Migration eindämmen.

Der EU-Gesetzgeber hat im Bereich des digitalen Binnenmarktes beachtliche Aktivitäten entfaltet. Der Digital Markets Act (DMA) soll durch bestimmte Standards für große Anbieter den unverfälschten Wettbewerb sichern und den Missbrauch marktbeherrschender Stellungen verhindern. Daneben ist das umstrittene Medienfreiheitsgesetz verabschiedet worden, das auch einen neuen Binnenpluralismus gewährleisten will und neue Aufsichtsstrukturen schafft. Mit der KI-Verordnung (AI-Act) hat die Europäische Union eine Vorreiterrolle bei einem gesetzlichen Risikomanagement im Bereich der künstlichen Intelligenz übernommen.

Die Zielsetzung des Grundrisses ist unverändert geblieben. Das Buch will einen umfassenden Einstieg in die vielgestaltigen Regelungsmaterialien geben, die sich unter dem begrifflichen Dach des „Europarechts“ zusammenfinden. Im Zentrum steht dabei das Recht der Europäischen Union. Einbezogen werden darüber hinaus auch andere Formen der institutionalisierten Zusammenarbeit, die in den

letzten Jahren für ein zusammenwachsendes Europa ständig an Bedeutung gewonnen haben: insbesondere das Recht des Europarates mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und der OSZE-Prozess. Diese Materien stehen häufig am Rande einer Befassung mit dem Europarecht, das auch heute noch gern auf das Recht der Europäischen Union reduziert wird. Ihre Einbeziehung ist deswegen geboten, weil sie für ein Verständnis des europäischen Integrationsprozesses schlicht unentbehrlich sind. So verschafft die Kenntnis der Europäischen Menschenrechtskonvention als Keim gemeineuropäischer Verfassungsstandards dem angehenden Juristen überhaupt erst den Zugang zu wesentlichen Facetten der europäischen Rechtskultur. Das Rechtsschutzsystem der EMRK gehört längst zum juristischen Grundwissen.

Das Buch wendet sich in erster Linie an Studierende. Trotz des Bemühens um eine konzentrierte Darstellung will der Band auch Schwerpunktbereichskandidaten eine solide Grundlage bieten. Dies gilt insbesondere für die Vernetzung des Europäischen Unionsrechts mit dem Staatsrecht sowie für aktuelle Problemfelder. Heute verlangen auch das Staats- und Verwaltungsrecht, das Zivilrecht und inzwischen auch das Strafrecht den Studierenden verlässliche Kenntnisse im Europarecht ab.

Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Lehrstuhls, insbesondere Frau Lisa Domeier, Frau Katharina Kronhardt, Herrn Noah Massion, Frau Linda Lange, Herrn Philipp Ludwig, Frau Lena Plewe, Herrn Clemens Röttgen, Frau Anna Stephan und Frau Emilia Weiss.

Bonn, im Oktober 2024

*Matthias Herdegen*

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 25. Auflage .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XVII
Literaturhinweise und Internetadressen .....	XXIII

## 1. Teil. Grundlagen

§ 1. Europarecht als System vernetzter Ordnungen .....	1
I. Europarecht im engeren Sinne .....	1
II. Europarecht im weiteren Sinne .....	3
III. Die unterschiedliche Finalität der europarechtlichen Ordnungen .....	6
IV. Begriffliche Klärungen .....	8
§ 2. Europarat .....	9
I. Ziele und Struktur .....	9
II. Europaratsabkommen .....	11
§ 3. Die Europäische Menschenrechtskonvention als gemeineuropäischer Grundrechtsstandard .....	12
I. Bedeutung der EMRK .....	12
II. Konventionsorgane .....	18
III. Verfahren und Urteilstwirkungen .....	19
IV. Rechtsprechung des EGMR zu einzelnen Konventionsrechten .....	25
1. EMRK als „living instrument“ und autonome Auslegung der Konventionsrechte .....	25
2. Schutzpflichten aus der Konvention .....	31
3. Verbot unmenschlicher Behandlung .....	32
4. Schutz der Familie und der Privatsphäre .....	35
5. Meinungsfreiheit .....	37
6. Eigentumsschutz .....	38
7. Diskriminierungsverbote .....	41
8. Schranken der Konventionsrechte und „margin of appreciation“ .....	42
V. Geltung der EMRK im innerstaatlichen Recht .....	49
VI. Die Bedeutung der EMRK für den Grundrechtsschutz in der Europäischen Union .....	53
VII. EMRK und Verpflichtungen aus der UN-Charta .....	58

§ 4. Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union .....	61
I. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl .....	62
II. Die Römischen Verträge: Gründung der Europäischen (Wirtschafts-)Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft .....	64
III. Der weitere Ausbau der Gemeinschaftsordnung .....	66
IV. Der Vertrag von Maastricht über die Europäische Union .....	67
1. Die Begründung der „Europäischen Union“ .....	68
2. Änderung der Gemeinschaftsverträge .....	68
3. Abkommen zur Sozialpolitik .....	69
V. Europäischer Wirtschaftsraum und Beziehungen zur Schweiz .....	70
VI. Erweiterung der Europäischen Union 1995 .....	71
VII. Sonderentwicklungen (Abkommen von Schengen und Dublin) .....	72
VIII. Vertrag von Amsterdam .....	72
IX. Vertrag von Nizza .....	73
X. Erweiterung der Europäischen Union 2004 und 2007 .....	74
XI. Vom Verfassungsvertrag für Europa zum Vertrag von Lissabon .....	75
XII. Beitritt weiterer südosteuropäischer Staaten und der Türkei .....	79
XIII. Austritt des Vereinigten Königreichs .....	81
XIV. Territorialer Geltungsbereich des Rechts der Europäischen Union .....	82
§ 5. Die Rechtsnatur der Europäischen Union .....	84
I. Die Europäische Union als internationale Organisation .....	84
1. Rechtspersönlichkeit im Völkerrecht .....	84
2. Die Geltung des allgemeinen Völkerrechts .....	86
3. Rechtsfähigkeit im innerstaatlichen Rechtsverkehr .....	91
4. Vorrechte und Immunitäten .....	91
II. Die Supranationalität der Europäischen Union .....	92
1. Das Unionsrecht als autonome Rechtsordnung .....	93
2. „Durchgriffswirkung“ des sekundären Unionsrechts .....	93
III. Das System der Europäischen Union als „Staatenverbund“ .....	94
§ 6. Das Verhältnis der Europäischen Union zu den Mitgliedstaaten .....	98
I. Die Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“ .....	99
II. Beitritt und Ausscheiden einzelner Mitgliedstaaten .....	101
1. Beitritt eines neuen Mitgliedstaats .....	101
2. Ausscheiden eines Mitgliedstaats .....	102

III. Grundwerte und Grundprinzipien im Verhältnis zwischen Union und Mitgliedstaaten .....	103
1. Grundwerte der Europäischen Union .....	103
2. Pflicht zur Loyalität und Vertragstreue (Art. 4 Abs. 3 EUV) .....	107
3. Koordinierung der Wirtschaftspolitik (Art. 119 AEUV) .....	108
4. Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV) .....	109
5. Subsidiaritätsprinzip (Art. 5 Abs. 3 EUV) .....	113
6. Schutz- und Notstandsklauseln .....	114
7. Beziehung zu den nationalen Parlamenten .....	115
<b>2. Teil. Das Recht der Europäischen Union</b>	
§ 7. Institutionen der Europäischen Union .....	117
I. Überblick .....	117
1. Grundlinien der Organstruktur .....	117
2. Die Organe der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft .....	117
3. Funktionsteilung im Unionssystem .....	118
4. Sitz der Organe .....	120
5. Verwaltungspersonal .....	120
6. Verhältnis zwischen den Organen .....	121
II. Europäischer Rat .....	122
1. Allgemeines .....	122
2. Zusammensetzung und andere organisatorische Aspekte .....	122
3. Beschlussfassung .....	123
4. Aufgaben .....	123
III. Rat .....	124
1. Allgemeines .....	124
2. Zusammensetzung und andere organisatorische Aspekte .....	124
3. Beschlussfassung .....	127
4. Aufgaben .....	133
5. Staatsrechtliche Bindungen des Ratsvertreters .....	134
IV. Kommission .....	145
1. Allgemeines .....	145
2. Zusammensetzung .....	146
3. Beschlussfassung und Geschäftsordnung .....	149
4. Aufgaben .....	149
5. Verwaltungsorganisation .....	152
V. Europäisches Parlament .....	154
1. Allgemeines .....	154
2. Zusammensetzung und Organisation .....	155
3. Aufgaben .....	159
4. Exkurs: Politische Parteien .....	162

VI. Gerichtshof der Europäischen Union .....	163
1. Allgemeines .....	163
2. Organisation und Verfahrensregeln des EuGH .....	164
3. Das Gericht (EuG) .....	166
4. Fachgerichte .....	167
5. Die Rechtsprechung des EuGH als Integrationsfaktor .....	167
VII. Rechnungshof .....	168
VIII. Europäische Zentralbank .....	168
IX. Nebenorgane .....	169
1. Wirtschafts- und Sozialausschuss .....	169
2. Ausschuss der Regionen .....	169
X. Sonstige Institutionen .....	170
1. Europäische Investitionsbank .....	170
2. Weitere rechtlich selbstständige und sonstige Institutionen zur Erfüllung der Vertragsziele .....	171
XI. Institutionelles Gleichgewicht .....	183
§ 8. Rechtsquellen des Unionsrechts .....	184
I. Überblick .....	184
II. Primäres Unionsrecht .....	186
1. Die Verträge und ihre zugehörigen Bestandteile als Grundordnung der Union .....	186
2. Allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts .....	191
3. Charta der Grundrechte der Europäischen Union .....	195
4. Anwendungsbereich der Grundrechte .....	208
5. Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK .....	210
III. Völkerrechtliche Übereinkommen als Bestandteil der Unionsrechtsordnung .....	211
IV. Sekundäres Unionsrecht .....	212
1. Verordnungen .....	212
2. Richtlinien .....	213
3. Delegierte Rechtsetzung .....	225
4. Beschlüsse .....	225
5. Empfehlungen und Stellungnahmen .....	226
6. Erlass von Durchführungsvorschriften .....	226
7. Sonstige Rechtsakte .....	227
V. Die Kompetenzen der Union und der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung .....	228
1. Erfordernis einer vertraglichen Grundlage für die Verbands- und Organkompetenz .....	228
2. Ungeschriebene Unionskompetenzen .....	229
3. Die „Generalermächtigung“ des Art. 352 AEUV .....	230
4. Typologie der Unionskompetenzen .....	231
5. Verstärkte Zusammenarbeit .....	232
VI. Verfahren der Rechtsetzung .....	233
1. Allgemeines .....	233

2.	Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren .....	233
3.	Die besonderen Gesetzgebungsverfahren .....	236
4.	Verfahren bei Rechtsakten ohne Gesetzescharakter .....	237
5.	Begründungspflicht, Unterzeichnung, Veröffentlichung, Inkrafttreten von Rechtsakten .....	237
VII.	Auslegung des Unionsrechts und richterliche Rechtsfortbildung .....	238
VIII.	Gültigkeitsvermutung für Rechtsakte der Unionsorgane .....	240
§ 9.	System des Rechtsschutzes in der Europäischen Union .....	241
I.	Der EuGH als Garant des Rechtsschutzes .....	241
II.	Vertragsverletzungsverfahren .....	242
1.	Klage der Kommission .....	242
2.	Klage eines Mitgliedstaates .....	243
3.	Ausschließliche Zuständigkeit des EuGH in Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten im Anwendungsbereich der Verträge .....	244
III.	Nichtigkeitsklage .....	244
1.	Allgemeines .....	244
2.	„Organstreit“ .....	246
3.	Nichtigkeitsklage Einzelner .....	247
4.	Die Subsidiaritätsklage der nationalen Parlamente .....	250
IV.	Untätigkeitsklage .....	252
V.	Vorabentscheidungsverfahren .....	252
1.	Gegenstand und Bedeutung .....	252
2.	Vorlageberechtigung und Vorlagepflicht .....	254
3.	Zweifel an der Gültigkeit des sekundären Unionsrechts: das „Verwerfungsmonopol“ des EuGH .....	255
4.	Einstweiliger Rechtsschutz .....	256
5.	Bindungswirkung von Vorabentscheidungen .....	258
6.	Der EuGH als gesetzlicher Richter .....	258
VI.	Schadensersatzklage und Haftung der Union .....	259
VII.	Das Maß richterlicher Ermessenskontrolle .....	260
§ 10.	Unionsrecht und nationales Recht .....	263
I.	Vorrang des Unionsrechts .....	263
II.	Haftung der Mitgliedstaaten für die Verletzung von Unionsrecht .....	268
1.	Richterrechtliche Haftungsgrundsätze .....	268
2.	Staatshaftung für Nichtumsetzung von Richtlinien .....	269
3.	Haftung für Gesetzgebungsakte und für Verwaltungshandeln .....	271
4.	Haftung für rechtsprechende Tätigkeit .....	274
5.	Ausgestaltung der Staatshaftung durch das nationale Recht .....	274

III. Unionsrecht und Grundgesetz .....	275
1. Die verfassungsrechtliche Integrationsermächtigung und ihre Schranken .....	275
2. Die verfassungsgerichtliche Kontrolle .....	283
IV. Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof .....	293
V. Nationaler Vollzug des Unionsrechts .....	294
VI. Unionsrechtliche Einwirkungen auf die Dogmatik des Verwaltungsrechts .....	301
VII. Rechtsschutz gegen transnationale Verwaltungsakte .....	303
§ 11. Die Finanzverfassung der Europäischen Union .....	304
I. Haushaltsplan .....	304
II. Einnahmen und Ausgaben .....	307
1. Haushaltseinnahmen .....	307
2. Haushaltsausgaben .....	309
III. Finanzielle Aktivitäten außerhalb des Haushaltes der Union .....	313
§ 12. Unionsbürgerschaft .....	313
I. Bedeutung .....	313
II. Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV) .....	316
III. Freizügigkeit als Unionsbürgerrecht .....	317
IV. Politische Mitwirkungsrechte .....	324
1. Kommunalwahlrecht .....	324
2. Wahl zum Europäischen Parlament .....	326
V. Diplomatischer Schutz .....	326
§ 13. Europäische Wirtschaftsverfassung und die Verwirklichung des Binnenmarktes .....	327
I. Der Binnenmarkt als Leitziel wirtschaftlicher Integration .....	327
II. Instrumentarien zur Verwirklichung des Binnenmarktes .....	328
III. Die Bedeutung der „Generalermächtigung“ des Art. 352 AEUV .....	329
§ 14. Die Marktfreiheiten .....	330
I. Die Marktfreiheiten als Pfeiler des Binnenmarktes .....	330
II. Die gemeinsame Struktur: die Marktfreiheiten als Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot .....	331
III. Das Zusammenspiel von Grundrechten und Marktfreiheiten .....	336
IV. Schutzrichtung .....	338
1. Bindung der Mitgliedstaaten und der Unionsorgane .....	338
2. „Drittwirkung der Marktfreiheiten“ .....	338

§ 15. Freier Warenverkehr .....	342
I. Abschaffung der Binnenzölle und Abgaben gleicher Wirkung .....	342
II. Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung .....	342
1. Bedeutung für den Binnenmarkt .....	342
2. Maßnahmen gleicher Wirkung in Art. 34 AEUV: die „Dassonville-Formel“ .....	344
3. Die Ausgrenzung bestimmter Waren .....	346
4. Die Ausgrenzung nichtdiskriminierender Verkaufsbeschränkungen vom Verbot des Art. 34 AEUV: die „Keck-Formel“ .....	346
5. Nutzungsbeschränkungen .....	350
6. Drittwirkung .....	350
7. Ausfuhrfreiheit .....	351
III. Rechtfertigungen für Handelsbeschränkungen .....	352
1. Immanente Schranken des Art. 34 AEUV: die „Cassis de Dijon-Formel“ .....	352
2. Rechtfertigung nach Art. 36 AEUV .....	355
3. Verhältnismäßigkeitsprüfung .....	356
4. Der Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums .....	362
IV. Die rationalitätsstiftende Wirkung der Rechtsprechung des EuGH .....	366
V. Handelsmonopole .....	367
§ 16. Freiheiten des Personenverkehrs .....	367
I. Freizügigkeit der Arbeitnehmer .....	368
1. Gegenstand der Freizügigkeit der Arbeitnehmer .....	368
2. Drittwirkung .....	370
3. Schranken und Ausnahmen .....	371
4. Sekundärrecht .....	373
II. Niederlassungsfreiheit .....	377
1. Inhalt .....	377
2. Schranken und Ausnahmen .....	384
3. Sekundärrecht .....	385
III. Umgekehrte Diskriminierung .....	386
§ 17. Dienstleistungsfreiheit .....	387
I. Gegenstand der Dienstleistungsfreiheit .....	387
II. Zulässige Beschränkungen .....	390
III. Sekundärrecht .....	392
§ 18. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs .....	397

§ 19. Rechtsangleichung .....	403
I. Sekundäres Unionsrecht .....	403
II. Völkervertragliche Rechtsangleichung .....	411
§ 20. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	411
I. Politik der Grenzsicherung, Asyl und Einwanderung .....	412
II. Das Regime von Schengen .....	421
III. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen .....	423
IV. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen .....	424
V. Polizeiliche Zusammenarbeit .....	428
§ 21. Landwirtschaft .....	429
§ 22. Wettbewerbsordnung .....	433
I. Allgemeines .....	433
II. Das Kartellverbot des Art. 101 AEUV .....	436
1. Verbot wettbewerbsbeschränkender Verhaltensformen (Art. 101 Abs. 1 AEUV) .....	436
2. Nichtigkeit verbotener Absprachen und Schadensersatz .....	440
3. Freistellung (Art. 101 Abs. 3 AEUV) .....	442
III. Missbrauchsverbot des Art. 102 AEUV .....	444
IV. Zuständigkeit und Verwaltungsverfahren .....	448
V. Fusionskontrolle .....	450
VI. Extraterritoriale Geltung des Wettbewerbsrechts .....	453
VII. Öffentliche Unternehmen (Art. 106 AEUV) .....	454
VIII. Verhältnis des EU-Wettbewerbsrechts zum nationalen Wettbewerbsrecht .....	458
IX. Staatliche Beihilfen .....	459
X. Internationale Wettbewerbsordnung .....	465
XI. Offener Netzzugang und Entflechtung .....	466
§ 23. Wirtschafts- und Währungspolitik: die Wirtschafts- und Währungsunion .....	469
I. Wirtschaftspolitik .....	470
1. Grundzüge .....	470
2. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt .....	472
3. Haushaltsüberwachung .....	475
4. Das Verbot der monetären Staatsfinanzierung .....	479
5. Die Alleinhaftung der Mitgliedstaaten für ihre Verbindlichkeiten .....	483
6. Der Beistand für überschuldete Eurostaaten .....	484
7. Verpflichtung zur Haushaltsdisziplin und vertragliche Sanktionen .....	491
II. Währungspolitik .....	500
III. Die Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft .....	503
IV. Institutionelles System der Währungsunion .....	506

V. Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion .....	511
1. Das Europäische Währungssystem als Vorstufe der gemeinsamen Währung .....	511
2. Die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion .....	511
3. Die Konvergenzkriterien .....	512
4. Verfahren zur Einführung des Euro in den Mitgliedstaaten .....	515
5. Ursprüngliche und spätere Teilnehmerstaaten .....	516
6. Mitgliedstaaten mit Ausnahme- oder Sonderstatus .....	517
7. Bindungen nach deutschem Staatsrecht .....	518
8. Nachträgliches Ausscheiden eines Teilnehmerstaates .....	520
9. Durchführung der Währungsumstellung .....	521
10. Europäische Bankenunion .....	523
11. Vorschläge zu einer weiteren Stabilisierung der Europäischen Währungsunion .....	525
12. Der Euro als gesetzliches Zahlungsmittel außerhalb der Europäischen Union .....	526
§ 24. Umweltpolitik .....	527
§ 25. Sozialpolitik .....	533
I. Allgemeines .....	533
II. Spezielle Mechanismen der Rechtsetzung .....	536
III. Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsleben .....	538
IV. Europäischer Sozialfonds .....	544
§ 26. Sonstige Politikbereiche .....	545
I. Beschäftigungspolitik .....	545
II. Verkehrspolitik .....	546
III. Bildungs- und Kulturpolitik .....	547
IV. Gesundheitspolitik .....	549
V. Verbraucherschutz .....	549
VI. Energiepolitik .....	550
VII. Industriepolitik .....	552
VIII. Regionalpolitik .....	552
IX. Forschungs- und Raumfahrtpolitik .....	553
X. Tourismuspolitik .....	554
XI. Katastrophenschutz .....	554
XII. Verwaltungszusammenarbeit .....	554
§ 27. Auswärtiges Handeln der Union .....	555
I. Außenkompetenzen .....	555
1. Allgemeines .....	555
2. Gemeinsame Handelspolitik .....	556
3. Restriktive Maßnahmen .....	559

II. Internationale Übereinkünfte .....	561
1. Vertragsabschlusskompetenz .....	561
2. Vertragsabschlussverfahren .....	564
III. Die Europäische Union und die Welthandelsordnung (GATT/WTO) .....	565
1. Völkerrechtliche Bindung der Europäischen Union .....	565
2. Anwendbarkeit der WTO-Vorschriften im Unionsrecht .....	567
IV. Assoziierungs- und Partnerschaftsabkommen .....	571
V. Europäischer Wirtschaftsraum .....	575
VI. Union für das Mittelmeer .....	576
VII. Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen .....	576
VIII. Wirtschaftsbeziehungen mit Lateinamerika und Asien .....	579
IX. Solidarität .....	581
§ 28. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik .....	581
I. Gemeinsame Bestimmungen .....	581
II. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik .....	585
 <b>3. Teil. Sonstige Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik</b>	
§ 29. Westeuropäische Union (WEU) und der Übergang ihrer Aufgaben auf die Europäische Union .....	591
§ 30. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) .....	592
I. Entwicklung des KSZE-Prozesses bis hin zur OSZE .....	592
II. Institutionen .....	597
Sachverzeichnis .....	601